

Fakten und Kritik zum Handelsabkommen

# Alle Anti-ACTA?

CC BY-SA 3.0 Uwe Stein

## Was ist das ACTA wirklich?

**ACTA** steht als Kürzel für Anti-Counterfeiting Trade Agreement (Handelsübereinkommen zur Bekämpfung von Produkt- und Markenpiraterie) und ist ein völkerrechtlicher Vertrag, der zwischen teilnehmenden Nationen und Staatenbünden geschlossen werden soll.

**Offizielles Ziel** des ACTA war es, durch ein multinationales Handelsabkommen **den Handel mit gefälschten Markenprodukten einzudämmen**.

An den Verhandlungen des 52-seitigen Vertrages waren Australien, die EU, Japan, Kanada, Marokko, Mexiko, Neuseeland, Schweiz, Singapur, Südkorea, und die USA beteiligt.

Bis 31. März 2012 können nun nicht nur alle obigen und die einzelnen EU-Staaten den Vertrag unterzeichnen, sondern auch alle Mitglieder der Welthandelsorganisation (WTO), soweit die bisherigen Länder zustimmen. Damit der Vertrag in Kraft tritt müssen mindestens sechs Länder den Vertrag unterzeichnen und ratifizieren. Bis heute haben von den Teilnehmerländern die Schweiz, Mexico, Zypern, Estland, Deutschland, Niederlande und die Slowakei noch nicht unterzeichnet.

Das Inkrafttreten des Vertrages auf dem Gebiet der EU bedarf der Unterzeichnung und Ratifikation des Vertrages durch die Mitgliedsstaaten sowie der Zustimmung des Europäischen Parlaments. Mit der abschließenden Plenarabstimmung in Straßburg ist frühestens im Mai oder Juni zu rechnen.

Die Ratifikation wird in Deutschland durch die Verabschiedung eines Zustimmungsgesetzes im Bundestag umgesetzt, welches dann ohne Einspruch den Bundesrat passieren muss und durch die Unterschrift des Bundespräsidenten rechtsgültig wird.

## Kritikpunkte am ACTA-Prozess

- Die Vertragsverhandlungen waren seit Gesprächsbeginn 2006 geheim und es wurden nur allmählich Details in der Öffentlichkeit bekannt. Vermutet wird, dass dadurch vor allem Interessen von Entwicklungsländern außen vor bleiben sollten. Ausgeschlossen waren auch die BRIC-Staaten, denen vorgeworfen wird, die größten Produzenten nachgeahmter Produkten zu sein.



Vor der Anti-ACTA-Demo in Düsseldorf am 11.2.2012

- Ein Beratungsausschuss, bestehend aus Vertretern US-amerikanischer Großkonzerne, bestimmter Lobby-Organisationen und Dachverbände konnte auf die Verhandlungen Einfluss nehmen.
- Die zivile Gesellschaft wurde ausgeschlossen, es gab keine Möglichkeit, keine Mechanismen um etwa Vorschläge oder Anträge mit einzubringen. Auch Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs) wurde die Einsicht in die Vertragsverhandlungen verwehrt.
- Bis heute sind die Verhandlungsprotokolle nicht zugänglich, die entkräften könnten, das sich hinter den schwammig formulierten Inhalten verdeckte Interessen verborgen und erklären, was mit bestimmten Formulierungen wirklich gemeint sei. Ebenso ist eine Abstimmung in Parlamenten daher widersinnig, weil die genauen Bedeutungen nicht bekannt sind.
- Der Vertrag wurde ohne Einbeziehung der üblicherweise mit zuständigen Rahmenorganisationen verhandelt. Dies sind vor allem die Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO) und WTO.
- Durch den Vertrag könne versucht werden, die Inhalte weltweit als „Quasi-Standard“ zu etablieren und auf nicht unterzeichnende Länder Druck auszuüben, sich den Regeln im ACTA anzupassen, bis hin zur faktischen Ersetzung der WIPO.
- Der Verhandlungsprozess habe auch geltendes Europäisches Verfahrensrecht gebrochen, da er im strafrechtlichen Teil durch die EU Ratspräsidentschaft verhandelt wurde und nicht durch die Europäische Kommission.
- Es soll ein ACTA Komitee gebildet werden, das in Zukunft Änderungen am Vertrag unter Ausschluss demokratischer Prozesse beschließen kann.

## Kritikpunkte am ACTA-Inhalt

- Das ursprüngliche Ziel des Abkommens wurde auf „Geistiges Eigentum“ im digitalen Umfeld ausgeweitet.
- Es wird als grundgegeben vorausgesetzt, dass für das Wachstum der Weltwirtschaft eine wirkungsvolle Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums vonnöten sei.
- Durch das ACTA könne in die Grundrechte der Meinungsfreiheit und Recht auf Privatsphäre, Datenschutz und informationelle Selbstbestimmung eingegriffen werden.
- Das ACTA könne dazu genutzt werden, die Art und Weise, wie das Internet täglich genutzt wird, zu kriminalisieren. So z. B. das Weiterleiten von Dateien, anfertigen privater Kopien oder auch Whistleblowing, wo Dokumente von öffentlichem Interesse enthüllt werden.
- Es habe keine Abwägung zwischen vielleicht trivialer Verletzung von Urheberrechten und dem öffentlichen Interessen stattgefunden. Freie Nutzung von geschützten Werken in Satire, Parodie, Kunst und Berichterstattung seien in öffentlichem Interesse.
- Provider könnten dazu gedrängt werden, das Internet vorsorglich zu zensieren. Das ACTA fördere privatisierten Vollzug und Durchsetzung von rechtlichen Maßnahmen.
- Das Abkommen richte sich gegen einzelne Bürger und nicht nur gegen kriminelle Vereinigungen.
- Es wird befürchtet, dass Internetprovider Daten wie IP Adressen herausgeben müssen um zu ermöglichen, dass einzelne Personen identifiziert werden können.
- Es würden Aktivitäten kriminalisiert, die normalerweise ins Zivilrecht fallen.
- Die alten Offline-Wirtschaftsmodelle sollen in die digitale Welt eingepreßt werden, ohne die tatsächliche Entwicklung der neuen Medien zu berücksichtigen.
- Das ACTA unterbinde Kreativität und neue Entwicklungen, außer in großen Konzernen.
- Das ACTA verlagere die kriminelle Handlung vom Fälscher hin zum Käufer.
- ACTA sei nicht vereinbar mit Teilen der Europäischen Menschenrechte sowie des Sozialpaktes der UN.
- Durch das ACTA könne die Durchsetzung bestimmter Patentinteressen multinationaler Konzerne dazu führen, dass die existenzielle Daseinsvorsorge von ganzen Bevölkerungsgruppen gefährdet werde und Bauern in Entwicklungsländern bestimmtes Saatgut nicht mehr anbauen können.
- Die medizinische Versorgung mit Medikamenten könne in Entwicklungsländern gefährdet werden oder sich verschlechtern.

# Das ACTA

Kommentar von Uwe Stein

**Wer nicht hüpfet,  
der ist für ACTA!  
Hey, hey!**

So klang es in vielen Städten bei den Anti ACTA Demonstrationen am 11. Februar auch aus NRW. Ein netter Spruch und das Hüpfen wärmt bei zweistelligen Minusgraden.

Fakt bleibt leider: Wer sich nicht rührt, bekommt bald das ACTA. Und nicht nur das.

Nur wegen einer Genehmigungspanne hatte die Bundesregierung das ACTA noch nicht unterzeichnet und dann am Tag vor den Protesten überraschend ausgesetzt. Von vielen Seiten hörte man schon stolze Erfolgsmeldungen, die Proteste seien nun weniger nötig. Aber die Aussetzung soll laut Justizministerin Leutheusser-Schnarrenberger nur Zeit geben „Diskussionsbedarf auszuräumen“. Es bleibt also mehr denn je Aufgabe, den Diskussionsbedarf zu erhöhen, wenn man das ACTA dauerhaft verhindern will. Bürger und Politiker müssen informiert werden, was es mit dem ACTA auf sich hat und was daran so problematisch ist.

In der Politik geht es darum, sicherzustellen, dass alle an Entscheidungen gebunden sind, auch die, die nicht zugestimmt haben. Diese kollektiv bindenden Entscheidungen sollten vor allem auf Basis eines breiten und richtigen Informationsangebots getroffen werden. Beim ACTA ist zu befürchten, dass aufgrund mangelnder Informiertheit nicht nur die Bürger etwas bekommen, was sie nicht gewollt haben, sondern auch die Parlamentarier über den Tisch gezogen werden und sich hinterher an etwas halten müssen, was sie so gar nicht wollten.

Auch die meisten Politiker hatten zum ACTA vor kurzem erstmals etwas gehört. Das hat damit zu tun, dass auf EU-Ebene internationale Verträge üblicherweise von einzelnen Experten ausgehandelt werden und, wenn dann keine Einwände mehr bestehen, diese auch von fachfremden Ausschüssen verabschiedet wer-



Bilder: CC BY Stefan Schmidt



STOPP-ACTA-Demos am 11.2.2012

den. Im Rahmen eines administrativen Verfahrens, der sogenannten A-Punkt-Abstimmung, wurde dann das ACTA auch im Dezember 2011 vom EU-Fischereirat verabschiedet. Für Deutschland unterschrieb dort ein Staatssekretär in Vertretung der Landwirtschaftsministerin. Verhandelt hat das Abkommen für Europa aber die Europäische Kommission. Man muss die Verantwortlichen dort suchen und sollte dort auch fundierte Informationen zu ACTA finden. So die Theorie.

Erschreckend ist, wie die EU Kommission zum ACTA informiert. Das offizielle Informationsblatt der EU-Kommission zum ACTA (siehe unten) liest sich wie ein beschwichtigendes Propagandablättchen. Es erscheinen willkürlich gewählte Argumente pro ACTA, keine Erklärungen zu Inhalten.

## Will die EU-Kommission uns alle für dumm verkaufen?

Rick Falkvinge weist in einem aktuellen Artikel darauf hin, dass die EU Kommission gerade die Umsetzung von Maßnahmen




vorbereitet, die laut ACTA-Infoblatt angeblich ausgeschlossen sind. Die Formulierungen in der Roadmap für die Revision der Richtlinie zur Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums (IPRED1) sind alarmierend.

## Falkvinge kritisiert:

- Rechtlich unklare Begriffe wie im ACTA werden verwendet.
- Persönlichkeitsrechte werden vernachlässigt.
- Es ist von kostengünstigen Schnellverfahren im Zivilrecht die Rede.
- Es sollten Zensurmöglichkeiten ausgearbeitet werden.
- Es sollen Regeln abgesteckt werden, wie von Intermediären (Providern) Daten beschafft werden können, um Urheberrechtsverletzer zu identifizieren.
- Quasi-legale Instrumente (softlaw Instruments) sollen die Kooperation zwischen Rechteinhabern und Intermediären verbessern aber in Wahrheit auf die Provider Druck ausüben, sich den Industrieinteressen zu beugen.
- Die EU-Kommission bezeichnet EU-Bürger schlicht als „Konsumenten“.
- Wirtschaftliche Interessen stehen im Vordergrund.

Wer die Bürger auf so unseriöse Weise irreführend informiert, muss sich mit Recht Kritik ausgesetzt sehen und sich die Frage stellen lassen, ob hier wirklich im Interesse des europäischen Gemeinwohls gehandelt wurde. Es ist höchste Zeit, auch unseren gewählten Politikern im Europaparlament diese Fragen zu stellen! Schreibt hier an einen der Europa-Abgeordneten aus NRW: <http://goo.gl/JtobA>

Offizieller Info-Flyer der Europäischen Kommission



### Was ist das ACTA?

- Durch das ACTA wird sichergestellt, dass Materialien und Informationen, bei denen keine Verletzung der Rechte des geistigen Eigentums vorliegt, weiterhin überall über das Internet ausgetauscht werden können.
- Die Freiheit des Internets wird durch das ACTA nicht beschnitten. Das ACTA führt nicht zur Zensur oder Schließung von Websites.
- Das ACTA sorgt dafür, dass der Diebstahl geistigen Eigentums durch das organisierte Verbrechen, welcher Innovationen sowie den freien Wettbewerb behindert und Arbeitsplätze vernichtet, verfolgt werden kann.
- Im ACTA geht es nicht darum, wie wir das Internet in unserem Alltag nutzen.
- Soziale Netzwerke wie Twitter und Facebook können weiter wie in der Vergangenheit genutzt werden – das ACTA bringt keine Veränderung.
- Computer und Mobiltelefone werden nicht kontrolliert oder überwacht – das ACTA ist KEIN Großer Bruder.

### Warum sind das ACTA und der SOPA nicht dasselbe?

- Der SOPA (Stop Online Piracy Act) ist ein Entwurf für ein amerikanisches Gesetz, das die Gesetzgebung der USA ändern würde. Das ACTA macht keinerlei Änderung von EU-Rechtsvorschriften erforderlich. Alles, was heute legal ist, bleibt es auch nach der Ratifizierung des ACTA.
- Durch das ACTA wird niemandem der Internetzugang gesperrt.

### Warum unterstützt die EU dann das ACTA?

- Weil das ACTA dafür sorgt, dass der bereits hohe Schutz des geistigen Eigentums in der EU – zur Sicherung von Arbeitsplätzen in Europa – weltweit gewährleistet ist.
- Weil Europa jedes Jahr über 8 Mrd. EUR Verluste durch die nachgeahmten Waren entstehen, die unseren Markt überschwemmen.



# Elektronische Gesundheitskarte

## Der gläserne Patient wird Realität

CC BY-SA 3.0 Dietmar Schulz

### Krankenkassentrojaner im Anmarsch

Im Zuge des ersten Rollouts der eGK von Oktober 2011 bis heute sind bereits ca. 10 Mio. von rund 72 Mio. Karten an Versicherte ausgegeben worden. Weitere 45 Mio. folgen in 2012. Die Verpflichtung zur Ausgabe folgt aus § 4 Abs. 6 SGB V, mit dem die gesetzlichen Krankenkassen auch unter wirtschaftlichen Druck gesetzt werden. Und alle anderen im Gesundheitswesen müssen dem folgen; § 291 a SGB V regelt das. Betroffen sind letztlich rd. 72 Mio. gesetzlich Versicherte und ca. zwei Mio. Leistungserbringer inklusive ihres Hilfspersonals. Mit der Erhebung und Verarbeitung der Daten mittels der eGK und ihrer Übertragung steht vor allem das vertrauensvolle Arzt-Patienten-Verhältnis sowie die Sicherheit der sensiblen Gesundheitsdaten auf dem Spiel.

Auch die riskante Online-Anbindung von Praxen, Apotheken und Krankenhäusern an die Zentralspeicher der für die Einführung verantwortlichen „Gematik“ soll forciert und vorgezogen werden (Beschluss vom 6. Dezember 2011).

Damit wird der Weg zum „gläsernen Patienten“ final geebnet. Indessen sind Mehrwertanwendungen, wie z.B. die elektronische Patientenakte weder ausgereift noch abschließend geprüft. Weder der wirtschaftliche noch der medizinische Nutzen des Milliardenprojekts ist bis heute nachgewiesen. Studien kommen bislang zu einem auffälligen Missverhältnis zu den Gesamtkosten, die bislang bei rund 10 Mrd. € stehen und noch einmal dasselbe verschlingen sollen.

Dennoch wird das Projekt auf Druck von Lobbyisten (vor allem Versicherungen und Krankenhausgesellschaften) und insbesondere der Regierung forciert. Ärzteverbände laufen seit Jahren Sturm. Die Piratenpartei

lehnt die Karte seit Jahr und Tag ab. Selbst die Kritik einiger mit Datensicherheit befasster Organisationen wie z.B. CCC und FoeBud e.V. und auch die von Datenschützern geäußerten Bedenken haben an der starren Haltung der Regierungen bislang nichts ändern können. Ein Einlenken ist nicht in Sicht. Der Daten- und Kosten-GAU bleibt als Option.

### Risiko! Zentrale statt dezentrale Speicherung

Die Piraten räumen mit der seit Jahren von inzwischen drei Regierungen propagierten, falschen Information der Bürger auf, dass die erhobenen, sensiblen Gesundheitsdaten „auf der Gesundheitskarte“ gespeichert werden. Dem ist nicht so. Lediglich der überwiegend in seiner Nützlichkeit bestrittene Notfalldatensatz und die Stammdaten können aufgrund geringer Speicherkapazität auf der Karte Platz finden.

### Richtig ist stattdessen Folgendes:

Die Daten der Patienten und der Ärzte einschließlich der Daten der Verschreibung von Medikamenten sowie Heil- und Hilfsmittel werden durch Einsatz der Gesundheitskarte als „Schlüssel“ erhoben und dann via Online-Anbindung zu Zentralservern bei der o.g. Gematik übertragen. Dies gilt insbesondere für sämtliche sensiblen Daten der Patienten, die in den Akten der Ärzte vor Zugriff durch Dritte regelmäßig dem besonderen Schutz der ärztlichen Schweigepflicht unterliegen.

Alle Gesundheitsdaten, zusammengeführt auf einem Server führen zu der brisanten Situation des „gläsernen Patienten“. Einmal auf dem Server gelandet, wecken die Daten Begehrlichkeiten Dritter, etwa milliarden-schwerer Interessen der sogenannten Gesundheitsindustrie

und Dienstleistungsbranchen (z.B. Heil- und Hilfsmittelproduzenten, Pharmakonzerne, Versicherungskonzerne) und sind nicht zuletzt auch kriminellen Missbrauch ausgesetzt. Ein echter Datenschatz entsteht, über dessen Verwertbarkeit zu Lasten der Versicherten nur spekuliert werden kann.

Hinzu kommen die Unsicherheiten der Online-Datenübertragung, die bekanntlich zahlreiche, individuelle Risiken birgt. Die zentralen Speicher und Server befinden sich außerhalb jeglicher Kontrolle des Staates. Eine unbestimmte Anzahl sog. „sonstiger Erbringer ärztlich verordneter Leistungen“ ist zugriffsberechtigt. Backupsysteme sind intransparent. Schlechtes Handling der Karten und Verlustrisiken bzgl. der Daten selbst bleiben offen.

Die Lösung des Problems brächte eine dezentrale Speicherung auf der Karte mit mehr Speicherkapazität. Diese gibt es in Form der „eGK M+“ (Speichervolumen ca. 100 MB). Aber der Gesetzgeber und die Spitzenverbände des Gesundheitswesens beharren auf den Einsatz der untauglichen, kleinen Karte.

Wir mahnen daher an die Adresse der Bundesregierung, die Wegbereitung des auch als „Gesundheitstrojaner“ zu bezeichnenden Datensammelirrsinns unter Einsatz der elektronischen Gesundheitskarte auszusetzen (Moratorium) und unter Beteiligung unabhängiger Gutachter in jedweder Hinsicht auf den Prüfstand zu stellen. Der heutige Gesundheitsminister Bahr selbst war es, der dies noch bis Ende 2009 forderte.

### Passbild als leeres Missbrauchsargument

Die Befürworter betonen immer die Sicherheit des Missbrauchs, der sich besonders aus dem Passbild ergebe. Bereits die alte Krankenversichertenkarte

musste per Gesetz ein Passbild enthalten. Hinzu kommt, dass das Argument der Vermeidung von Missbrauch von Versicherungsleistungen schon deshalb ins Leere geht, weil 10 Mio. Versicherte überhaupt kein Passbild haben müssen (u.a. Jugendliche unter 14 Jahre). Inzwischen sind die Versicherungen unter dem Druck der Quotenerfüllung sogar dazu übergegangen Teilen der Versicherten Karten ohne Bild auszuhändigen.

### Hilfe vorerst nur durch zivilen Ungehorsam!

Wehren können sich die Versicherten bislang nur durch Verweigerungshaltung gegenüber ihren Versicherungen. Mit zivilem Ungehorsam gegen die elektronische Gesundheitskarte heißt das Motto. Die Unterstützung der Versicherungen bei der zentralen, risikobehafteten Datensammlung ist nämlich keine Bürgerpflicht!

Alle Versicherten, die noch über gültige Versichertenkarten verfügen, sollten sie behalten und einsetzen. Stattdessen sollten sie den vollmundigen Anforderungen ihrer Versicherungen zuwider auch kein Passbild zusenden. Dies ist ebenfalls keine Pflicht.

Auch ohne eGK muss niemand befürchten, keine ärztlichen Leistungen zu erhalten. Patienten müssen beim (Haus-)Arzt lediglich erklären, gesetzlich versichert zu sein und eine Übernahmebestätigung der Versicherung nachreichen. Die Seite [www.stoppt-die-e-card.de](http://www.stoppt-die-e-card.de) und andere Initiativen informieren zum Prozedere weiter. Dort geht es auch zur Online-Petition. Die Versicherten mögen aufmerksam bzgl. Aktionen bleiben, die in diesem Jahr noch gestartet werden.

Verfasser ist Koordinator der Piraten-AG elektronische Gesundheitskarte

Bild: GFDL-CC-BY-SA-all Hans Bernhard (Schnobby)

# Wie die E-Zigarette politisch wurde

Kommentar von Achim Müller

Anfang Januar diesen Jahres betitelte ich eine E-Mail: „Der Zeitpunkt, an dem die E-Zigarette politisch wird“. Bis dahin hatte ich mich – selbst Raucher – nur am Rande mit der verbotenen Frucht (Barbara Steffens) oder dem Hoffnungsschimmer am Horizont der rauchgeschwängerten Welt beschäftigt.

Nun soll sie also in die Apotheke verbannt oder sogar verboten werden, diese Symbiose aus altem Tobak und moderner Elektronik. In Nordrhein-Westfalen. Nur dort. In keinem anderen Bundesland wird deswegen so heftig gestritten, werden so viele Fehlinformationen verbreitet, wird so viel Angst geschürt. Ausgerechnet an der nicht brennbaren E-Zigarette entzündet sich ein Streit, in dem seitens des Gesundheitsministeriums außer heißer Luft bis heute nichts produziert wurde.

Die Gesundheitsministerin, augenscheinlich Apothekerin, Ärztin, Juristin und Pharmazeutin in Personalunion, hat erklärt, dass nikotinhaltige Liquids gefährlich sind und ... und damit *Basta!* Bundesweit zwei Millionen „Dampfer“, die meisten nun glückliche Ex-Raucher ohne chronisches Morgenröcheln, müssen sich irren. Ebenso die zahlreichen Fachärzte, welche die E-Zigarette schon länger als weniger gesundheitsschädliche Alternative zum klassischen Nikotinstengel deklarieren. Es kann nicht sein, was nicht sein darf. Was genau darf denn nicht sein? 1,5 Mrd entgangene Einnahmen pro Jahr durch nicht mehr gezahlte Steuern auf nicht mehr gerauchte Zigaretten? Insgesamt zwei Mrd entgangener Umsatz der Tabakindustrie? Oder 400 Mio € Umsatz durch E-Zigaretten und Liquids, den die Pharmalobby (noch) nicht vereinnahmen kann?

*Pecunia non olet*, das wussten schon die alten Römer. Auch die *Pecunia* nicht, welche in Form hunderter gefährlicher, im Tabak selbst enthaltener oder den Zigaretten beigemengter Stoffe – darunter Teer, Blausäure und

Plutonium – angezündet, inhaliert und anschließend als stinkende Abwärme in die Umwelt gepustet wird.

Möglicherweise ist das Treiben von Frau Steffens aber auch eine der in Regierungen heute üblichen Ersatzhandlungen. In der Erkenntnis, für die wirklichen Probleme unserer Gesellschaft keine Lösungsvorschläge anbieten zu können, verlagert die etablierte Politik ihr Handeln auf Nebenkriegsschauplätze. Dazu zählt das permanente Warnen vor imaginären terroristischen Bedrohungen mit all den geforderten Gegenmaßnahmen ebenso wie die lächerliche Diskussion um die Fahrradhelmpflicht.

Hat Frau Steffens vielleicht wissenschaftliche Studien zur Hand, die ihre Einschätzung bezüglich der potentiellen Gefährlichkeit und die voreilige Einstufung als Arzneimittel belegen? Ich habe lange gesucht und keine gefunden. Die selbsternannte Krankenschwester des Landes wohl auch nicht, sonst hätte sie diese längst triumphierend und medienwirksam in die Kameras gehalten. Bei meinen Recherchen bin ich eher auf gegenteilige Fachmeinungen gestoßen, siehe oben.

Dann aber muss doch wenigstens das Recht auf ihrer Seite sein, oder? Auch hier wurde ich nicht wirklich fündig. Das Arzneimittelrecht lässt sich im §2(3) nur allgemein zu Tabakprodukten aus und zählt diese zu den Ausnahmen. Sonst müssten klassische Glimmstengel ebenfalls apothekenpflichtig sein. Das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte hat aber bereits 2009 festgestellt: „Die E-Zigarette wird derzeit als Genussmittel vertrieben.“

Der Europäische Gerichtshof hat ebenfalls 2009 geurteilt, dass „als Arzneimittel nur deklariert werden darf, was eine nachweislich gesundheitsfördernde Wirkung hat.“ Diese Wirkung hat natürlich auch die E-Zigarette nicht, das bestreitet niemand. Sie ist lediglich *weniger* gesundheitsschädlich. Sowohl für den aktiven Dampfer, als auch den

leidgeprüften, früheren Passivraucher. Letzterer hat offensichtlich keinerlei gesundheitliche Beeinträchtigungen durch die E-Zigarette zu befürchten.

Die Gesundheitsministerin hat also „*par ordre du mufti*“ entschieden. Obwohl sie als Ministerin des Landes NRW keine rechtliche Grundlage vorweisen kann. Einige Städte und Gemeinden in NRW, darunter aus dem Ruhrgebiet Mülheim, Essen und Oberhausen folgen ihr bereits in vorauseilendem Gehorsam und haben die ersten Verbote

angekündigt. Wohlwissend, dass kostspielige Schadenersatzprozesse auf sie zukommen werden. Bleibt mir nur noch eines. Der Hinweis auf eine bemerkenswerte Pressemitteilung des niedersächsischen Städte- und Gemeindebunds vom 29.12. des vergangenen Jahres. Dort heißt es zur E-Zigarette wohlthuend entspannt und geradezu piratig: „Für die Städte und Gemeinden gibt es derzeit keine Möglichkeit Verbote auszusprechen und damit ohne gesetzliche Regelung Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger einzuschränken.“ Dem ist nichts mehr hinzuzufügen.

## Tag der politischen Arbeit

Bericht von Monika Pieper

Anfang Februar fand, nach der Wahl in Berlin zum zweiten Mal, ein Tag der politischen Arbeit (#TdpA) in NRW statt. Trotz der Kälte machten sich über einhundert Piraten auf den Weg nach Dortmund, um zu diskutieren und unser Programm in NRW weiterzuentwickeln. In 14 Themengruppen wurden neue Positionen erarbeitet oder schon vorhandene überprüft und erweitert.

Es hatten sich weit mehr Piraten angemeldet als erwartet und es waren auffallend viele neue Gesichter unter den Anwesenden. Daher war es auch nicht verwunderlich, dass es sehr regen Zulauf bei der Themengruppe Strukturen und Kommunikation gab. Während ein weiterer Slot sich mit der E-Zigarette und dem Nichtraucherschutz in NRW beschäftigte, überarbeitete eine andere das Bildungsprogramm. Die an diesem Tag kommunalpolitisch Engagierten beschlossen, den AK Kommunalpolitik NRW wieder neu zu beleben und als Ansprechpartner für alle auf lokaler Ebene arbeitenden Piraten zur Verfügung zu stehen.

Der AK Wirtschaft und Finanzen diskutierte mit Interessierten über die Grundlagen der Gemeindefinanzierung und die mögliche Nutzung von NKF-Daten. Daneben waren Umwelt und Energie, Innenpolitik,

Transparenz und Drogenpolitik Gegenstand der Workshops.

Die aktuelle Diskussion zum Thema ACTA wurde genutzt, alle grundlegend zu informieren und die eine Woche später anstehenden Demos zu organisieren.

Auf dem TdpA gründete sich zudem das Piratenbildungswerk „Hebwerk“. Dessen Aufgabe wird es sein, die innerparteiliche Bildung durch thematische Veranstaltungen zu fördern.

Für das leibliche Wohl sorgte – wie eigentlich immer – die AG Schnittchen. Belegte Brötchen, Chili con und ohne Carne, Kartoffelsalat mit Würstchen, Gulaschsuppe und ein leckeres Reisgericht sorgten dafür, dass niemand mit knurrendem Magen arbeiten musste.

Die Resonanz war durchweg sehr positiv, das konstruktive Arbeitsklima wurde besonders herausgestellt. Neben der thematischen Arbeit gab es über den Tag immer wieder auch die Gelegenheit, bei einer Tasse Kaffee miteinander ins Gespräch zu kommen, neue Piraten kennenzulernen und sich gegenseitig Tipps zu geben. Das zeigt, dass der TdpA die funktionierende Kommunikation im Internet sehr gut ergänzt. In NRW wird der TdpA daher in einem regelmäßigen Rhythmus von etwa 3 - 4 Monaten stattfinden. Piraten aus anderen Bundesländern sind natürlich auch gerne dort gesehen.